



Abo **Medizinstandort in Kritik**

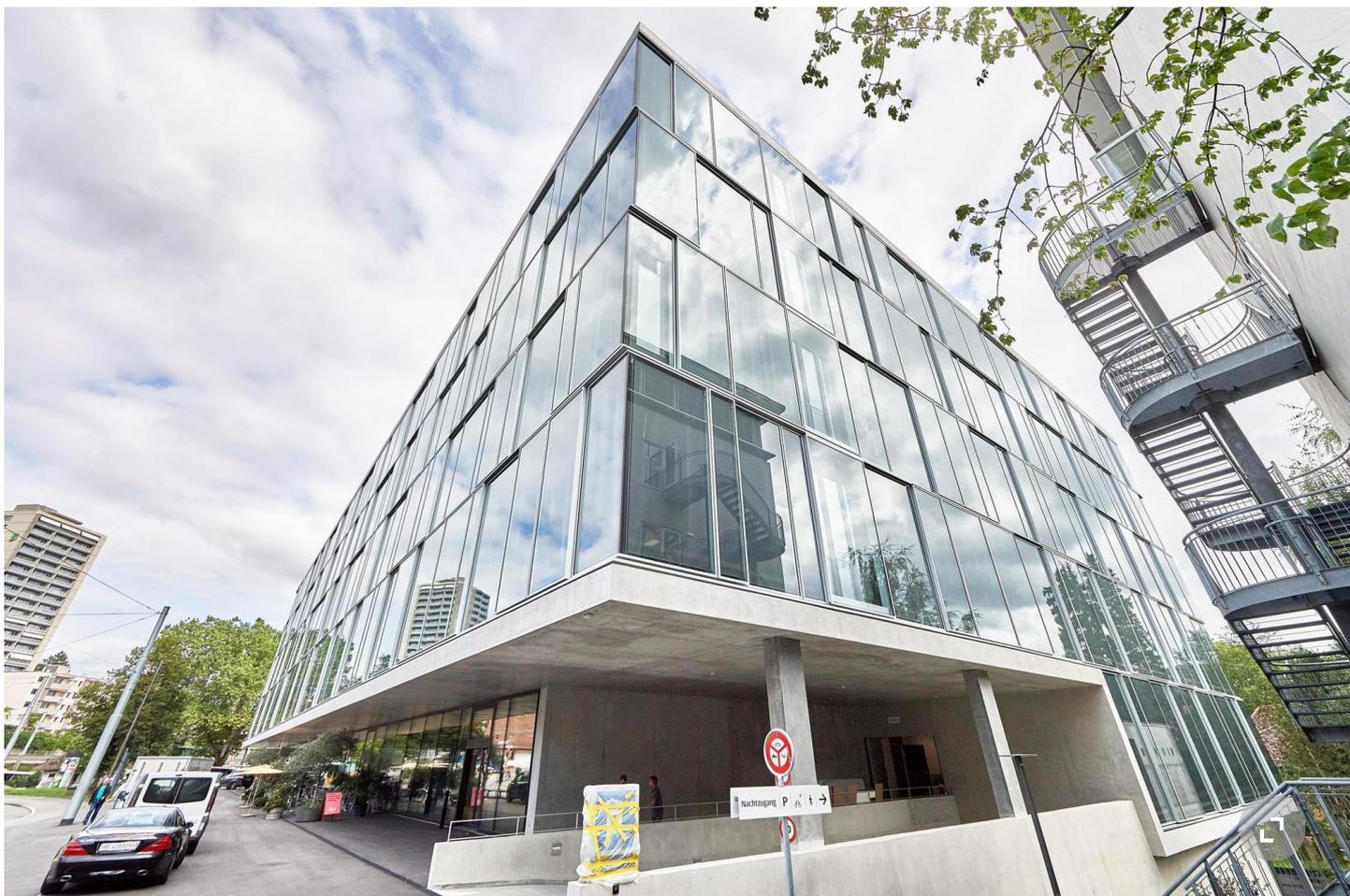
Rückschlag für Berns ehrgeizige Vorzeigeprojekte

Der Schweizerische Wissenschaftsrat weist auf Schwächen von zwei Berner Forschungszentren hin. Das hat finanzielle Folgen.



Brigitte Walser

Publiziert: 18.01.2021, 06:03



Sitem-Insel: Gemäss dem Kanton ein Leuchtturm, gemäss Experten vor allem ein Immobilienunternehmen.

Foto: Adrian Moser



Bern soll im Medizinbereich ganz vorne spielen. Der Plan: Unternehmen aus der Medizinbranche siedeln sich hier an und bringen gemeinsam mit der Wissenschaft den Kanton Bern vorwärts. Die bernische Regierung ist Treiber dieses Plans und betont deshalb bei jeder Gelegenheit, wie wichtig es sei, den Medizinstandort zu stärken. Doch jetzt macht ihr ausgerechnet der Bund einen Strich durch die Rechnung. Er verweigert dem neuen Swiss Center for Design and Health in Bern eine Anschubfinanzierung. Statt der ersuchten 15 Millionen Franken gibt es vorerst gar keine Bundesgelder. Den Entscheid haben Kanton und Bund vor Weihnachten kommuniziert.

Das Zentrum, das 2019 als Aktiengesellschaft gegründet wurde, hätte Anfang 2021 den Betrieb aufnehmen sollen. Es will designgestützte Lösungen im Gesundheitswesen erforschen und in Zusammenarbeit mit Firmen umsetzen. Dieser Ansatz sei zwar wissenschaftlich interessant, hält der Bund fest. Für eine Unterstützung mit Bundesgeldern sei das Projekt aktuell aber noch zu wenig ausgereift. Immerhin: Er gibt dem Zentrum bis im Sommer Zeit, sein Gesuch zu überarbeiten. Ist er vom Resultat überzeugt, kann das Zentrum noch mit 5 Millionen Franken rechnen.

Auch weniger Geld vom Kanton

Die finanziellen Auswirkungen dieser Absage sind allerdings weit dramatischer: Der Kanton Bern hat seinen Beitrag von 15 Millionen Franken für die Jahre 2021 bis 2024 unter dem Vorbehalt gesprochen, dass der Bund die gleiche Summe beisteuert. Gibt es vom Bund nur 5 Millionen, wird auch der Kanton nicht mehr bezahlen – statt der vorgesehenen 30 Millionen Franken kann das Zentrum von der öffentlichen Hand bestenfalls noch 10 Millionen erwarten.

Damit verschiebt sich der Aufbau des sogenannten Living Lab, wie Verwaltungsratspräsident Arne Scheuermann auf Anfrage mitteilt. Auf einer Fläche von 2000 Quadratmetern will das Zentrum einen Forschungs-, Lern- und Austauschort einrichten. Dank der Aufforderung des Bundes, das Gesuch zu überarbeiten, könne man an diesem Projekt festhalten, so Scheuermann. Er räumt allerdings ein, dass sich das Budget nicht beliebig kürzen lasse. Die Anfangsinvestitionen nebst Kosten für IT und Werkstätten seien hoch. Die Suche nach geeigneten Räumen läuft bereits seit einem Jahr, und es hätten sich

interessante Möglichkeiten ergeben. Man sei nun zusammen mit dem Kanton im Gespräch mit dem Bund, um «eine Lösung zu finden, die es uns erlaubt, das Living Lab wie geplant aufzubauen», so Scheuermann.

Beim Kanton gibt man sich vorsichtig zuversichtlich. «Ich gehe davon aus, dass das letzte Wort noch nicht gesprochen ist», sagt André Nietlisbach, Generalsekretär der zuständigen Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion. «Bei einem neuen Projekt sind die Einstiegshürden hoch, da ist es nicht aussergewöhnlich, dass Anpassungen nötig sind.»

Rat empfahl kein Geld

Gefährdet schien zunächst auch der Bundesbeitrag für ein Projekt zu sein, das in Bern bereits als Leuchtturm gilt: Der Schweizerische Wissenschaftsrat hat dem Bund von einem Forschungsförderungsbeitrag an Sitem-Insel abgeraten. Das Zentrum wurde 2014 ebenfalls als Aktiengesellschaft (AG) gegründet, startete 2017 und bezog 2019 einen Neubau auf dem Insel-Gelände. Es soll wissenschaftliche medizinische Erkenntnisse in konkrete Anwendungen überführen.

Das Gebäude sei zwar ein Vorzeigeprojekt, und Sitem-Insel habe in sehr kurzer Zeit sehr viel erreicht, schrieb der Wissenschaftsrat in seiner Evaluation im Auftrag des Bundes. Aber es handle sich vor allem um ein Immobilienunternehmen, das Räume vermiete und bewirtschaftete. Wie Sitem-Insel die eigentlichen Ziele erreichen wolle – nämlich gesamtschweizerisch den Transfer von Forschung zur Anwendung zu verbessern, zusätzliche Innovationen zu generieren und die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz zu stärken –, sei dem Wissenschaftsrat nicht klar.

Der Bund hat das Gesuch von Sitem-Insel Ende 2020 trotzdem bewilligt und 5,6 Millionen Franken gesprochen. Als Begründung schreibt er auf Anfrage: Der Bund und der Kanton hätten das Zentrum seit 2017 unterstützt, die Aufbauphase sei auf acht Jahre ausgelegt gewesen. Bisher habe sich Sitem-Insel gemäss Plan entwickelt. «Eine Beendigung der Bundesunterstützung zum jetzigen Zeitpunkt ist daher nicht gerechtfertigt», hält das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation fest.

Auch der Kanton Bern hat dem Projekt 5,6 Millionen Franken zugesichert. Den Bericht des Wissenschaftsrats habe man Anfang 2021 mit Erstaunen zur Kenntnis genommen, sagt Generalsekretär Nietlisbach. «Der Rat hat offenbar auf die AG fokussiert, welche das Zentrum betreibt. Für den Kanton handelt es sich aber um ein Gesamtsystem, es gilt insbesondere auch zu beachten, was im Gebäude von Sitem-Insel insgesamt, in all den eingemieteten Plattformen Dritter passiert», so Nietlisbach.

2025 selbstständig?

Eine weitere Bemerkung des Wissenschaftsrates dürfte im Kanton Bern zusätzlich aufhorchen lassen. Dort geht man nämlich davon aus, dass Bund und Kanton nach diesen 11,2 Millionen kein weiteres Geld mehr einschiessen werden, weil Sitem-Insel ab 2025 unabhängig sein wird. Das aber sei ein «ehrgeiziges Ziel», schreibt der Rat in der Evaluation, die er im Auftrag des Bundes verfasste.

Klar ist, dass die Corona-Krise Sitem-Insel geschadet hat. Bereits ist der Kanton zu Hilfe geeilt. Er hat vergangenen Sommer einen Zusatzkredit in der Höhe von 0,8 Millionen Franken bewilligt, zudem kann das Leuchtturmprojekt 1,2 Millionen in Anspruch nehmen, die der Kanton schon 2015 gesprochen, schliesslich aber nicht ausbezahlt hat. Diesen Zusatzkredit konnte das Unternehmen Ende 2020 beantragen, sollte sich die Situation nicht bessern. Auf Anfrage bestätigt Sitem-Insel, das Gesuch für die vom Kanton zur Verfügung gestellten Mittel eingereicht zu haben. Ob der Bund – wie vom Kanton gewünscht – aufgrund der Corona-Krise ebenfalls zusätzliche Mittel einwirft, wird frühestens in diesem Jahr entschieden. Beim Kanton ging man bei der Bewilligung des Zusatzkredits weiterhin davon aus, dass Sitem-Insel 2025 eigenwirtschaftlich ist.

Publiziert: 18.01.2021, 06:03

2 Kommentare

Ihr Name